



Jahresbericht 2025

Register Reinickendorf
zur Erfassung
extrem rechter und
diskriminierender
Vorfälle





Inhaltsverzeichnis

Überblick: Das war Reinickendorf im Jahr 2025	4
Reinickendorf in Zahlen	6
Vorfälle in Reinickendorf nach Ortsteilen	7
Vorfallsarten	8
Vorfallsmotive	9
Rechte Propaganda wird alltäglicher	10
Blick in den Ortsteil: Frohnau im Fokus	17
Rassismus bleibt Alltag	22
Interview mit Melissa, Rollberge mit Respekt	29
Was tun bei rechten oder diskriminierenden Vorfällen?	38
Was ist das Register?	40
Impressum	42

Überblick: Das war Reinickendorf im Jahr 2025

Das Jahr 2025 war von einem deutlichen Anstieg dokumentierter Vorfälle geprägt. Mit 288 dokumentierten Fällen wurde ein neuer Höchststand erreicht. Besonders sichtbar war die Zunahme extrem rechter Propaganda im öffentlichen Raum. Gleichzeitig blieben rassistische Anfeindungen und Diskriminierungen ein prägendes Problem im Bezirk. Wie in anderen westlichen Berliner Randbezirken – etwa Tempelhof-Schöneberg (273 Fälle) – blieb die Gesamtzahl wei-

DER BEZIRK Reinickendorf

Der Bezirk Reinickendorf erstreckt sich mit seinen 11 Ortsteilen von der Grenze zum Wedding bis zum nördlichen Berliner Stadtrand. Mit rund

260.000 Einwohner*innen hat Reinickendorf im Vergleich der Berliner Bezirke eine geringe Bevölkerungszahl. Die meisten Menschen leben hier in Innenstadtnähe und in der Großwohnsiedlung Märkisches Viertel. Die übrigen Ortsteile sind von Einfamilienhaus-Siedlungen geprägt. Der vielseitige Bezirk vereint sehr urbane, dicht besiedelte Gebiete mit fast dörflichen Strukturen, Industriezonen und großflächigen Naherholungsgebieten wie dem Tegeler See. Der Bezirk wird auch als „Deutschland im Kleinen“ bezeichnet, weil das Wahlverhalten der Reinickendorfer*innen bei den vergangenen Bundestagswahlen bei den Zweitstimmen fast exakt mit dem bundesdeutschen Durchschnitt übereinstimmte. Im berlinweiten Vergleich ist Reinickendorf einer der Bezirke mit den wenigsten dokumentierten Meldungen: unter den zwölf Bezirken liegt Reinickendorf auf dem neunten Platz. Die Ortsteile mit den meisten Meldungen sind die Ortsteile Reinickendorf, Frohnau und Tegel. Am häufigsten wurde extrem rechte Propaganda dokumentiert.

terhin unter der von Innenstadtbezirken wie Mitte (1104 Fälle) sowie östlichen Randbezirken wie Marzahn-Hellersdorf (970 Fälle).

In fast allen Ortsteilen Reinickendorfs stieg die Anzahl an dokumentierten Vorfällen, auch bei Ortsteilen in Randlagen. Die Anzahl rassistischer Anfeindungen nahm zu.

Auch in Reinickendorf schlagen sich bundesweite und internationale Debatten lokal nieder: Seien es die Feindbildmarkierung politischer Gegner*innen, der Hass gegen queere Menschen oder rassistische Haltungen. Im Bezirk machte sich dies im Jahr 2025 vor allem im deutlichen Anstieg der extrem rechten und diskriminierenden Propaganda bemerkbar. Das Niveau der Angriffe und verbalen Anfeindungen blieb nahezu konstant – mindestens die Hälfte fand im öffentlichen Raum statt. Kinder und Jugendliche waren dabei häufig Betroffene (ca. 50%).

Solchen Entwicklungen steht jedoch eine Reinickendorfer Zivilgesellschaft gegenüber, die wachsam ist und diskriminierende und extrem rechte Vorfälle meldet. Das Register Reinickendorf bedankt sich bei allen Engagierten und Melder*innen, die aufmerksam durch ihre Nachbarschaft gehen, einschreiten und Zivilcourage leisten. Das Erleben körperlicher Angriffe, verbaler Anfeindungen oder struktureller Diskriminierung im Alltag wirkt sich häufig langfristig aus. Menschen nehmen Beratungen und andere Betreuungen in Anspruch, fühlen sich verunsichert, sozial isoliert oder haben mit langfristigen psychischen Beeinträchtigungen zu kämpfen. Das Register Reinickendorf bedankt sich bei allen, die bereit sind, ihre belastenden Erfahrungen mit uns zu teilen, um sie so sichtbarer zu machen.

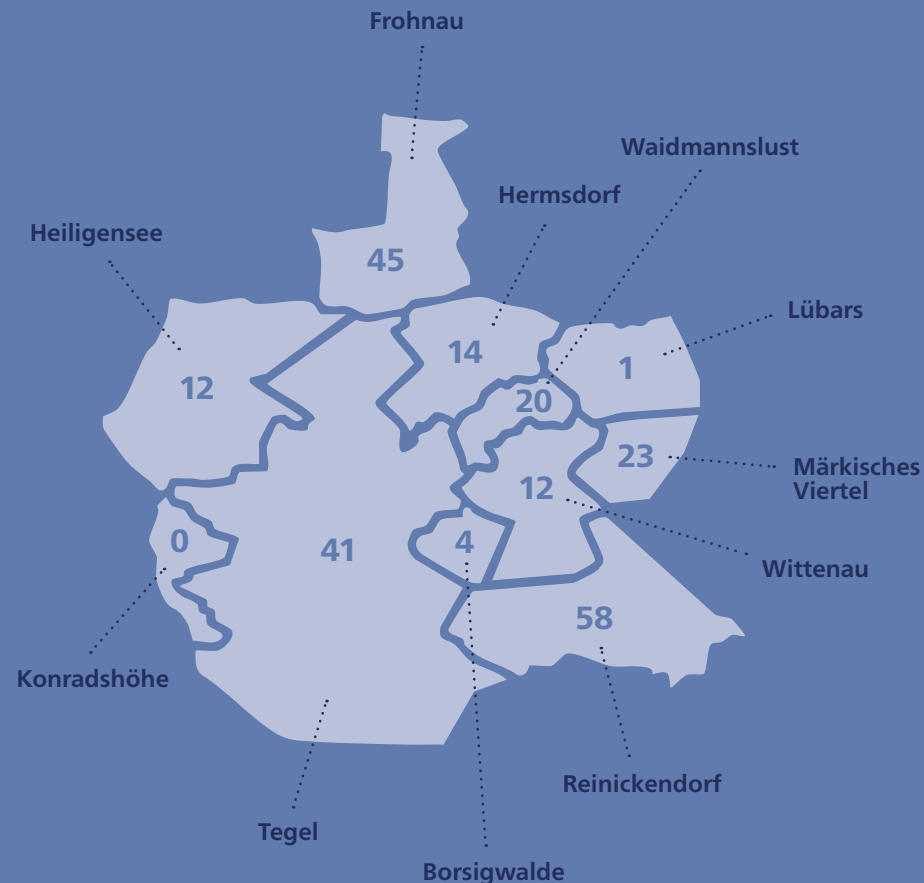
288 Vorfälle
(+28 %)

199
Propaganda-
vorfälle

45 Vorfälle
in Frohnau

52% aller
Vorfälle aus
rassistischer
Motivation

Vorfälle in
Reinickendorf
nach Ortsteilen

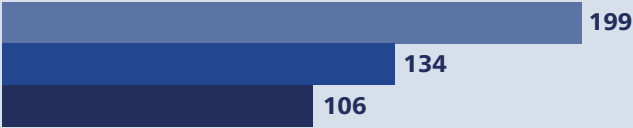


Vorfallsarten

● 2025 ● 2024 ● 2023

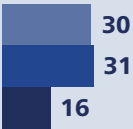
Propaganda:

z.B. Aufkleber, Plakate,
Graffiti, Schmierereien, Flyer



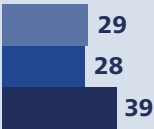
Strukturelle Benachteiligung:

z.B. Diskriminierung in
Institutionen oder
Behörden



Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien:

z. B. spontane
diskriminierende Aussagen
auf der Straße



Veranstaltungen:

z.B. Demonstrationen,
Kundgebungen,
Infostände



Angriffe:

z.B. Körperverletzung,
massive Bedrohungen



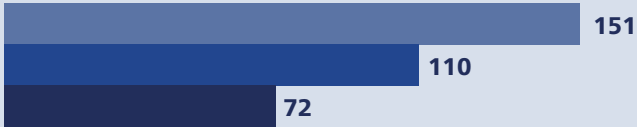
Sachbeschädigungen:

z. B. Zerstörung oder
Beschädigung von
Stolpersteinen oder
Gedenktafeln

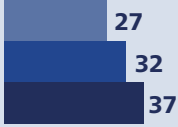


Vorfallsmotive

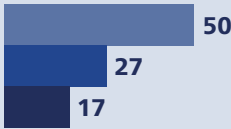
Rassismus



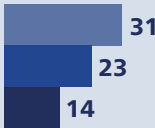
Rechte Selbstdarstellung



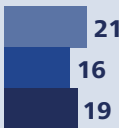
Politischer Gegner



NS-Verherrlichung



LGBTIQ*-Feindlichkeit



Antisemitismus



Behindertenfeindlichkeit



Sozialchauvinismus



Antifeminismus



Rechte Propaganda wird alltäglicher

Warum begegnen Menschen in Reinickendorf immer häufiger extrem rechten Stickern und Schmierereien?

Wer in Reinickendorf unterwegs ist, begegnet ihnen an vielen Stellen: Sticker an Verkehrsschildern, Aufkleber an Stromkästen, Schmierereien an Brücken oder Parolen auf Laternenmasten. Oft wirken sie klein und unscheinbar. Doch hinter vielen dieser Botschaften stehen gezielte Versuche extrem rechter Akteure, ihre Ideologien sichtbar zu machen und öffentliche Räume für sich zu beanspruchen.

Im Jahr 2025 prägten Sticker und Schmierereien das Straßenbild vieler Ortsteile. Besonders häufig wurden Aufkleber der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“, Propaganda gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten, insbesondere gegen Antifaschist*innen, sowie rassistische „Remigrations“-Botschaften gemeldet. Hinzu kamen Aufkleber aus dem Umfeld extrem rechter Versandshops wie „aktivde“ oder „druck18“. Solche Materialien wurden unter anderem in Frohnau, Heiligensee, Waidmannslust, Tegel und im Märkischen Viertel gemeldet.

Dabei geht es nicht nur darum, einzelne Aufkleber anzubringen. Propaganda im öffentlichen Raum soll Präsenz zeigen und den Eindruck vermitteln, die vertretenen Positionen seien weit verbreitet oder gesellschaftlich akzeptiert. Gleichzeitig dient sie der extrem rechten Szene als Selbstdarstellung, zur Verharmlosung oder Verherrlichung nationalsozialistischer Bezüge

und zur Einschüchterung von Menschen, die von Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Antifeminismus, Ableismus oder anderen Formen von Diskriminierung betroffen sind.

Besonders sichtbar war dies 2025 in Frohnau. Dort wurden über Monate hinweg immer wieder Sticker von „Der III. Weg“ und seiner Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ) gemeldet (mehr dazu im Schwerpunkt Frohnau). Aufkleber tauchten unter anderem rund um den S-Bahnhof, der Zeltinger Straße, dem Maximiliankorso und Sigismundkorso, an der Renée-Sintensis-Grundschule im Laurinsteig sowie im ganzen Bezirk an Verkehrsschildern und Bushaltestellen auf. Teilweise wurden sie entfernt oder überklebt, kurz darauf erschienen jedoch neue.

Ähnliche Entwicklungen zeigten sich auch in anderen Ortsteilen. Im Märkischen Viertel wurden mehrfach Sticker der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ dokumentiert, die sich unter anderem gezielt an Jugendliche richteten oder mit Slogans wie „Deutsch bleiben statt Mainstream“ für ein völkisches Gesellschaftsbild warben. In Heiligensee wurde vor dem S-Bahnhof Schulzendorf ein Sticker mit der Aufschrift „Deutschland den Deutschen“ entfernt. In Tegel beschränkte sich die Propaganda nicht auf Aufkleber: Dort verteilten Anhänger*innen des „III. Wegs“ Flugblätter, in denen soziale Themen mit rassistischer Ideologie verknüpft wurden; außerdem wurden an der Bushaltestelle Alt-Tegel weitere Sticker der Partei dokumentiert. Die Beispiele verdeutlichen, dass rechte Propaganda in unterschiedlichen Erscheinungsformen in weiten Teilen des Bezirks präsent war.

Anti-Antifa als Feindbild

Eine zunehmend wichtige Rolle spielten Aufkleber, Schmierereien und Veröffentlichungen, die sich ausdrücklich gegen antifaschistisches Engagement richteten. Besonders häufig tauchte dabei der Zahlencode „1161“ auf, der in der extrem rechten Szene für „Anti-Antifaschistische Aktion“ steht.

Solche Schmierereien und Sticker wurden 2025 unter anderem am Schäfersee, in Wittenau, Frohnau und Heiligensee dokumentiert. Oft stan-



SCHÄFERSEE Wiederholt Ziel rechter Schmierereien

Der Schäfersee wurde 2025 mehrfach zum Ziel extrem rechter Schmierereien. An Geländern und Mülleimern fanden sich Parolen wie „Antifa Dreckspack“, „Antifa pack deine Koffer“ oder der Neonazi-Code „1161“. Die Schmierereien wurden wiederholt entfernt – dennoch erschienen an denselben Stellen immer neue. Der Schäfersee verdeutlicht beispielhaft, wie öffentlicher Raum zum Austragungsort eines symbolischen Konflikts wird: Während extrem rechte Akteur*innen ihre Botschaften platzieren, setzen engagierte Anwohner*innen und Initiativen dem etwas entgegen.

Feindbild Antifaschismus

Die Bilder zeigen Beispiele für gegen Antifaschist*innen gerichtete Propaganda: einen Anti-Antifa-Sticker des „III. Wegs“ (Frohnau), eine Schmiererei auf einem Stromkasten mit dem Neonazi-Code „1161“ (Heiligensee) sowie ein an das Logo der „Antifaschistischen Aktion“ angelehnter Sticker mit der Aufschrift „Remigrantische Aktion“ (Wittenau)

„Remigration“ als extrem rechte Kampagne

Die Fotos zeigen exemplarisch verschiedene Formen der extrem rechten „Remigrations“-Propaganda, die 2025 im Bezirk dokumentiert wurden. Abgebildet sind ein Sticker der Kampagne „Remigration rettet Leben“ von dem extrem rechten Verein „Ein Prozent“, eine Schmiererei auf einem Schaukasten des Frohnauer Bürgervereins mit dem Schriftzug „Remigration“ sowie ein weiterer Aufkleber mit der Parole „Remigration jetzt sofort! Heimat bewahren“ in Tegel. Die Beispiele verdeutlichen, wie der Begriff im öffentlichen Raum gezielt verbreitet wird.

den sie neben Parolen wie „Antifa Dreckspack“, „Antifa pack deine Koffer“ oder anderen feindseligen Botschaften. Die Vorfälle zeigen, dass extrem rechte Akteure nicht nur für ihre eigenen Positionen werben, sondern zunehmend auch politische Gegner*innen gezielt als Feindbild markieren.

„Remigration“ als Kampfbegriff

Ein weiteres häufiges Motiv war die Forderung nach „Remigration“. Ursprünglich stammt der



Begriff aus der Migrationsforschung und bezeichnete neutral die Rückkehr von Menschen in ihr Herkunftsland. Seit mindestens 2016 wird er jedoch von Akteuren der Neuen Rechten und der extremen Rechten als politischer Kampfbegriff verwendet. Gemeint ist dabei nicht nur freiwillige Rückkehr, sondern häufig die massenhafte Ausgrenzung und Vertreibung von Menschen, die nicht in ein völkisches Verständnis von „deutscher Zugehörigkeit“ passen.

Entsprechende Aufkleber wurden 2025 an zahlreichen Orten im Bezirk dokumentiert, unter anderem in Frohnau, im Märkischen Viertel, Wittenau, Tegel und Hermsdorf. Sie wurden vor allem an Bushaltestellen, S-Bahnhöfen, Verkehrsschildern, Briefkästen und anderen Orten im öffentlichen Raum angebracht. Die Sticker griffen wiederholt den extrem rechten Kampfbegriff „Remigration“ auf, etwa mit Parolen wie „Remigration jetzt!“ oder „Remigration rettet Leben!“. Häufig wurde die Forderung nach massenhaften Abschiebungen mit bewusst harmlos oder humorvoll gestalteten Motiven – etwa Flugzeugen, Herzen oder Zeichentrickfiguren – verknüpft, um extrem rechte Inhalte zu verharmlosen.



Überkleben statt hinnehmen

Die Fotos zeigen beispielhaft sogenannte „umkämpfte Orte“ im öffentlichen Raum. Zu sehen sind mehrfach überklebte Sticker der Neonazi-Partei „Der III. Weg“, die mit antifaschistischen Aufklebern oder durch Unkenntlichmachung entfernt wurden. Die wiederholten Überklebungen verdeutlichen den symbolischen Konflikt um die Sichtbarkeit extrem rechter Propaganda im öffentlichen Raum.



Umkämpfte Orte

An einigen Orten lässt sich besonders gut beobachten, dass der öffentliche Raum politisch umkämpft ist. Beispiele dafür sind der Schäfersee, der Fürstendamm, die Zeltinger Straße oder Bereiche rund um den S-Bahnhof Frohnau. Dort tauchten immer wieder neue Aufkleber und Schmierereien auf; wurden sie entfernt oder überklebt, erschienen kurze Zeit später häufig neue.

Mitunter entwickelt sich daraus eine Art symbolischer Wettstreit. Während extrem rechte Akteure versuchen, ihre Botschaften sichtbar zu halten, entfernen oder überkleben engagierte Anwohner*innen diese regelmäßig. Es geht dann beiden Seiten darum, im übertragenen Sinn „das letzte Wort“ zu behalten und die Deutungshoheit über den öffentlichen Raum zu gewinnen.

Ein häufig überklebter Ort deutet deshalb nicht nur auf aktive extrem rechte Akteure hin. Er kann zugleich Ausdruck einer aufmerk-

samen und engagierten Nachbarschaft sein, die menschenfeindliche Botschaften nicht unwidersprochen stehen lässt.

Mehr als nur Aufkleber

Für viele Menschen mögen Sticker zunächst belanglos wirken. Für Betroffene von Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit oder anderen Diskriminierungsformen haben solche Botschaften jedoch oft eine andere Bedeutung. Wer auf dem Weg zur Schule, zur Arbeit oder nach Hause immer wieder mit Parolen gegen Migrant*innen, queere Menschen oder politische Gegner*innen konfrontiert wird, erlebt diese nicht als bloße Meinungsäußerung.

Propaganda markiert Zugehörigkeiten und Ausgrenzungen. Sie signalisiert, wer willkommen sein soll und wer nicht. Gerade deshalb sind Aufkleber, Schmierereien und andere Formen extrem rechter Inszenierung mehr als bloße Verschmutzungen oder politische Meinungsäußerungen. Sie dienen dazu, menschenfeindliche Ideologien im öffentlichen Raum sichtbar zu machen und beeinflussen, wie Menschen ihren Kiez wahrnehmen und ob sie sich dort sicher und akzeptiert fühlen.

Die starke Zunahme von rechten Stickern, Schmierereien, Anti-Antifa-Parolen und „Remigrations“-Propaganda im Jahr 2025 zeigt, dass extrem rechte Akteur*innen öffentliche Räume zunehmend als politische Bühne nutzen. Gleichzeitig zeigen die vielen Meldungen, Entfernungen und Überklebungen, dass es in Reinickendorf zahlreiche Menschen gibt, die dieser Entwicklung etwas entgegensetzen.

ZELTINGER STRASSE Frohnau, 25.Oktober 2025

Erneut rechte Sticker entdeckt. Im Herbst 2025 wurden entlang der Zeltinger Straße zahlreiche extrem rechte Sticker entdeckt. Neben Aufklebern der Neonazi-Partei „Der III. Weg“ fanden sich „Remigrations“-Sticker und Propaganda aus extrem rechten Versandhandeln. Bereits wenige Wochen zuvor waren an derselben Stelle ähnliche Aufkleber gemeldet worden. Solche wiederkehrenden Funde deuten darauf hin, dass einzelne Orte gezielt ausgewählt werden, um extrem rechte Botschaften möglichst dauerhaft im Straßenbild zu verankern.

ÜBERSICHT Propaganda in Frohnau



Blick in den Ortsteil: Frohnau im Fokus

Frohnau ist im Jahr 2025 der Ortsteil mit den zweitmeisten Vorfällen. In keinem anderen Ortsteil stiegen die gemeldeten Vorfälle so stark an wie hier. Diese Vorfälle waren größtenteils gemeldete Propaganda. Die meisten der 40 gemeldeten Propaganda-Vorfälle fassen jeweils mehrere Aufkleber zusammen, die am gleichen Tag in der gleichen Gegend gesehen wurden. Ungefähr die Hälfte der Aufkleber hatten rassistische Motive, viele davon positionierten sich gegen Geflüchtete. Vermehrt richteten sich Sticker aber auch gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten, z. B. gegen „die Antifa“ oder gegen Kommunist*innen. Meldungen zu Stickern dieser Art sind im Vergleich zum Vorjahr stark angestiegen.

In fast der Hälfte der Propaganda-Vorfälle gab es einen Bezug zur neonazistischen Kleinstpartei „Der Dritte Weg“ und zu deren Berliner Ableger: Auch hier gab es im Vergleich zum Jahr 2024 eine Verdopplung der gemeldeten Vorfälle. Betrachtet man die Vorfälle im Detail, handelt es sich bei fast allen um Aufkleber, die teilweise in massiver Anzahl entlang von Straßen geklebt wurden. Die Inhalte dieser Sticker waren zumeist rassistisch, richteten sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten oder machten Werbung für die neonazistische Kleinstpartei.

Die meisten diesbezüglichen Meldungen erreichten das Register Reinickendorf aus West-Frohnau. Insbesondere auf dem Maximiliankorso, entlang des Laurinsteigs, der Neubrucker

Straße, auf dem Sigismundkorso sowie an der Frohnauer Straße wurden besonders viele Sticker dokumentiert. Zu vermuten ist, dass Anhänger*innen der neonazistischen Partei die Sticker entlang bestimmter Routen immer wieder verklebten. Besonders gravierend dabei ist, dass die Aufkleber insbesondere im Umkreis von Schulen entdeckt wurden. Beispielsweise wurden im Juli 2025 rund um die Renée-Sinten-Grundschule im Laurinsteig ca. 20 Aufkleber der neonazistischen Kleinstpartei und ihrer Jugendorganisation NRJ entdeckt und entfernt. Ein Aufkleber war beispielsweise pauschal gegen Geflüchtete gerichtet und trug die Aufschrift „Grenzen dicht! Asylflut stoppen! Grenzschutz ist Heimatschutz!“. Auch in der Nähe der Evangelischen Grundschule und des Gymnasiums in der Benediktinerstraße wurden mehrmals Sticker entdeckt. Die gezielte Propaganda an oder in der Nähe von Schulen und Jugendeinrichtungen zählt zu einer Strategie der Neonazi-Partei, die sich auch in anderen Bezirken Berlins beobachten lässt.

Der zweite Schwerpunkt für Propaganda-Fälle lag am S-Bahnhof Frohnau (am Ludolfingerplatz). Durch die S-Bahn- und Busverbindungen sowie die vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten ist hier von einem erhöhten Personenaufkommen auszugehen, was eine mögliche Erklärung für die Häufung ist. Zudem gab es auch Meldungen aus Ost-Frohnau (z. B. an der Bushaltestelle Markgrafenstraße, siehe dazu auch Nebenspalte auf S. 21) und aus dem Norden Frohnau (z. B. an der Bushaltestelle Invalidensiedlung).

Die Sticker des „III. Weg“ traten häufiger auch in Kombination mit anderen extrem rech-

FROHNAU, 8. Januar 2025

In der Schönfließer Straße in Frohnau wurden Flugblätter der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ und von „DS“ (Deutsche Stimme), der Parteizeitung der Neonazi-Partei „Die Heimat“, in Briefkästen eingeworfen. Das Flugblatt von „Der III. Weg“ mit dem Titel „Asylflut stoppen!“ machte Werbung für den Online-Leitfaden „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft!“ Asylsuchende wurden darin u. a. als „art- und kulturfremde Ausländer“ bezeichnet. Im Nationalsozialismus wurden Jüdinnen und Juden, Sinti*innen und Rom*innen und osteuropäische Menschen als „artfremd“ bezeichnet, verfolgt und ermordet. Das Flugblatt von „DS“ mit dem Titel „Volksfeinde anklagen; Politikerhaftung umsetzen“ bewarb eine Online-Petition. Unter anderem solle laut „DS“ der „gezielte Austausch des deutschen Staatsvolks“ durch „kulturfremde Ausländer“ als Hochverrat unter Strafe gestellt werden. Die Erzählung vom „[g]roßen Austausch“ ist in vielen Teilen der extremen Rechten verbreitet. Sie spielte auch innerhalb des

extrem rechten Terrorismus eine große Rolle, z.B. bei den Anschlägen in Oslo und Utøya, Christchurch, Halle und Hanau.

ten Stickern auf, beispielsweise mit Stickern von AUF1. Das ist eine österreichische Website, die mit rassistischen, verschwörungsideologischen, corona- und klimawandelleugnenden Inhalten und Desinformationen ein extrem rechtes Milieu im deutschsprachigen Raum bedient. Auch treten die Aufkleber von „Der III. Weg“ häufig zusammen mit ihrer Jugendgruppe „NRJ“ auf. Die Sticker wurden ebenfalls neben Aufklebern der extrem rechten Partei „Die Heimat“ (ehemals: NPD) und „Ein Prozent“, einem extrem rechten Verein der Neuen Rechten, gesichtet.

Das Register Reinickendorf dokumentierte auch Flugblätter des „III. Wegs“, die zusammen mit Flyern von „Die Deutsche Stimme“ (DS), der ehemaligen Parteizeitung von „Die Heimat“ in Briefkästen in Frohnau vorgefunden wurden. Diese enthielten geflüchtetenfeindliche und rassistische Aussagen. Insbesondere ging es um einen Online-Leitfaden mit dem Namen „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft“, welcher Tipps für die Verhinderung von Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete gibt (siehe Nebenspalte auf S. 18/ 19). Die rassistische Stimmungsmache gegen Geflüchtetenunterkünfte prägte das Jahr 2025 in Reinickendorf und wirkte sich auch in den Vorfällen aus (mehr dazu im Abschnitt Rassismus bleibt Alltag).

Neben Stickern, die sich gegen Antifaschist*innen richteten, wurden auch mehrere Schmierereien mit dem Zahlencode „1161“, der für „Anti-Antifa“ steht (siehe Nebenspalte auf S. 21), entdeckt und dokumentiert. Einmal wurde neben den Neonazi-Code auch „JN Gebiet“ geschmiert. Diese Abkürzung steht für die „Jungen Nationalisten“ – die Jugendorganisation der extrem

rechten Partei „Die Heimat“. In West-Frohnau wurden diese Schmierereien zum Beispiel am S-Bahnhof Frohnau, am Wetterpilz (an der Haltestelle Maximiliankorso/ Sigismundkorso) und am Toilettenhäuschen am Ludolfingerplatz vom Register dokumentiert. Solche Schmierereien mit Zahlencodes deuten auf jugendliche oder junge Erwachsene hin, die sich in Frohnau oder generell in Reinickendorf bewegen und ihre Propaganda verbreiten wollen.

Die verwendeten Sticker stammen von verschiedenen extrem rechten Versandshops, z. B. „druck18“. Im Jahr 2025 wurden in Frohnau erstmals auch Aufkleber aus dem extrem rechten Versandhandel „aktivde“ dokumentiert, die zuvor schon in anderen Ortsteilen Reinickendorfs wie dem Märkischen Viertel aufgetreten waren.

Trotz inhaltlicher Überschneidungen zwischen den beiden extrem rechten Parteien „Die Heimat“ und „Der III. Weg“ verstehen Mitglieder des „III. Weg“ ihre Organisation als radikale Alternative zur extrem rechten Partei „Die Heimat“. Beide konkurrieren um dieselben Wähler*innenstimmen und Aktivist*innen. Auch wurde „Der III. Weg“ von ehemaligen NPD-Funktionären gegründet, weil sie unzufrieden mit dem Kurs der damaligen Parteiführung waren. Dass Sticker, Flyer und Schmierereien verschiedener extrem rechter Organisationen wie dieser beiden zusammen auftraten, lässt demnach auf eher diffuse Sympathien von Einzelpersonen für allgemein extrem rechte Inhalte schließen. Ein Angebundensein an organisierte Strukturen ist eher weniger wahrscheinlich.

WIE SIEHT eine Odalrune aus?

Die Odal-Rune (auch „Othala-Rune“) ist eine häufig von Neonazis verwendete Rune. Sie wurde während des Nationalsozialismus als Symbol für „Blut und Boden“ gedeutet und verwendet. Sie wurde von verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen verwendet, u.a. der Hitler-Jugend. Auch die 1994 verbotene Wiking-Jugend nutzte sie als Kennzeichnung. In Deutschland ist ihre Verwendung in einem nationalsozialistischen Kontext strafbar.

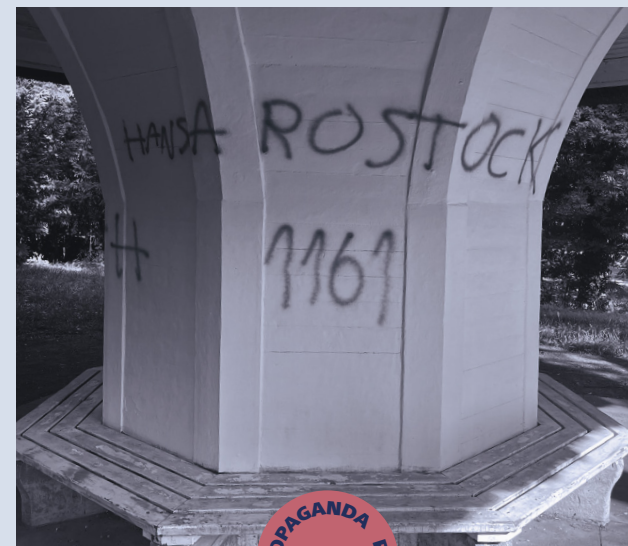
WAS BEDEUTET der Zahlencode 1161?

Der Zahlencode 1161 ist ein extrem rechter Zahlencode. Es bedeutet: „Anti-Antifa“. Die Ziffern stehen für den Buchstaben an 1. und 6. Stelle des Alphabets: A und F, das heißt „AAFA“. Die ersten beiden Buchstaben stehen für die Silbenfolge „Anti-Anti“, das „-FA“ steht für sich selbst bzw. für „Faschismus“. Er findet in Organisationsnamen, als Aktionslabel und als Schmierereien Verwendung. Und er dient der Drohung gegen den politischen Gegner. Auch auf Plattformen wie TikTok und Instagram wird der Code als Hashtag genutzt.

FROHNAU, 19. Mai 2025

An der Bushaltestelle Markgrafenstraße in Frohnau wurde die Abkürzung der „Jungen Nationalisten (JN)“ und eine Odalrune bemerkt, die auf die Glasscheibe gesprüht worden waren. Andere Personen hatten diese bereits versucht wegzukratzen.

Insgesamt ist in Frohnau die Zahl der Meldungen durch regelmäßig meldende Engagierte stark angestiegen und hat sich im Vergleich zum Vorjahr 2024 verdreifacht. Auch dies könnte einen Einfluss auf die stark gestiegenen Vorfallszahlen gehabt haben.



Rassismus bleibt Alltag

Rassismus war auch 2025 das häufigste Motiv für Vorfälle, die das Register Reinickendorf dokumentierte. Sie reichten von Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen über Diskriminierung in Schulen, Behörden und anderen Institutionen bis hin zu rassistischer Propaganda im öffentlichen Raum. Rassismus zeigte sich dabei nicht nur in einzelnen extrem rechten Vorfällen, sondern auch in alltäglichen Situationen – etwa beim Einkaufen, im öffentlichen Nahverkehr, auf der Straße oder in Bildungseinrichtungen. Die dokumentierten Fälle machen deutlich, dass viele Betroffene Diskriminierung nicht als Ausnahme, sondern als wiederkehrende Alltagserfahrung erleben.

Wenn Ausgrenzung politisch anschlussfähig wird

Die Debatten über Migration und Flucht prägten den Bundestagswahlkampf Anfang 2025 und den politischen Diskurs bundesweit. Forderungen nach schärferen Abschiebungen, strengeren Grenzkontrollen und einer Begrenzung von Migration waren in vielen politischen Debatten präsent. Damit gewannen auch Narrative an Sichtbarkeit, die Migration pauschal mit Unsicherheit oder gesellschaftlichen Problemen verknüpfen. Die Grenzen dessen, was öffentlich sagbar erscheint, verschoben sich dadurch spürbar.

Auch in Reinickendorf spiegelte sich diese Entwicklung wider. Im Januar brachte die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenver-

sammlung einen Antrag zur Unterbringung von Geflüchteten ein. Darin wurde unter anderem von „Migrationsdruck“ gesprochen und ein Zusammenhang zwischen Migration und Sicherheitsfragen hergestellt. Aus Sicht des Registers können Begriffe wie „Migrationsdruck“ dazu beitragen, Geflüchtete als Problem oder Bedrohung darzustellen, anstatt sie als Menschen mit individuellen Fluchtgeschichten wahrzunehmen. Der Antrag verdeutlicht beispielhaft, wie sich bundesweite Debatten auch auf bezirkspolitischer Ebene niederschlugen.

Auch in den vom Register dokumentierten Vorfällen spiegelte sich diese Entwicklung wider. Besonders zu Beginn des Jahres nahm die Zahl rassistischer Vorfälle deutlich zu: Im Januar dokumentierte das Register 18 rassistische Vorfälle, im Februar 21 – deutlich mehr als in vielen anderen Monaten des Jahres. Der Großteil dieser Meldungen betraf extrem rechte Propaganda im öffentlichen Raum, etwa rassistische Sticker oder Schmierereien. Daneben wurden auch rassistische Angriffe, Bedrohungen sowie Fälle struktureller Benachteiligung dokumentiert. Ob politische Debatten unmittelbar zu mehr rassistischen Vorfällen führen, lässt sich anhand der Registerdaten nicht belegen. Sie können jedoch dazu beitragen, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem ausgrenzende Positionen als sagbar oder legitim erscheinen. Dies zeigte sich auch an der Zunahme rassistischer Propaganda im öffentlichen Raum: Im gesamten Bezirk wurden von extrem rechten Organisationen Sticker und Plakate mit Parolen wie „Remigration“, „Unser Volk zuerst“ oder „Abschieben schafft Sicherheit“ dokumentiert.

Die Normalisierung von Abschiebungsfantasien

Besonders deutlich zeigte sich das an der zunehmenden Präsenz des Begriffs „Remigration“ im öffentlichen Raum. Entsprechende Sticker und Schmierereien aus dem extrem rechten Spektrum wurden 2025 an zahlreichen Orten in Reinickendorf gemeldet. Dabei wurde der Begriff häufig bewusst verharmlost: Bunte Flugzeuge in Herzform, Lämmchen auf Blumenwiesen oder Comic-Bärchen sollten die Forderung nach massenhafter Vertreibung und Abschiebung harmlos oder humorvoll erscheinen lassen. Auf diese Weise wird versucht,



REINICKENDORF, 12. November 2025

Vor der Bertha-von-Suttner-Schule wurden im November 2025 Flugblätter verteilt, die wie Schreiben des Bundesinnenministeriums und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge gestaltet waren. Darin wurde Menschen mit Migrationsgeschichte eine angebliche Abschiebung angekündigt. Die Aktion sollte gezielt Verunsicherung erzeugen und knüpft an die von der extremen Rechten propagierte Forderung nach „Remigration“ an.

menschenfeindliche Inhalte zu normalisieren und Kritik daran als übertrieben erscheinen zu lassen. Zugleich lenkt die Gestaltung davon ab, dass sich diese Forderungen gegen konkrete Menschen und ihre Lebensrealitäten richten. Indem Betroffene nicht mehr als Individuen mit eigenen Biografien wahrgenommen, sondern auf eine vermeintliche „Migrationsfrage“ reduziert werden, trägt diese Bildsprache auch zu ihrer Entmenschlichung bei.

Wie weit diese Normalisierung reichen kann, zeigte ein Vorfall im November 2025: Vor der Bertha-von-Suttner-Schule wurden laienhaft gelayoutete Flugblätter verteilt, die äußerlich wie ein offizielles Schreiben des Bundesministeriums des Innern und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge gestaltet waren. Unter der Überschrift „Information zur bevorstehenden Rückführung“ wurde behauptet, die vermeintlich ausländischen Empfänger*innen müssten Deutschland in Kürze verlassen. Tatsächlich handelte es sich um eine gezielte Einschüchterungsaktion aus dem extrem rechten Spektrum. Durch die Nachahmung offizieller Behördenkommunikation sollte der Eindruck erweckt werden, die angekündigten Maßnahmen seien bereits staatliche Realität.

Solche Aktionen richten sich nicht nur gegen die unmittelbar Angesprochenen. Sie senden auch an andere migrantisch wahrgenommene Menschen die Botschaft: Ihr gehört nicht dazu.

Antimuslimischer Rassismus

Ein erheblicher Teil der dokumentierten rassistischen Vorfälle richtete sich 2025 gegen

Menschen, die als muslimisch wahrgenommen wurden. Betroffene berichteten von abwerten den Kommentaren, pauschalen Zuschreibungen und feindseligem Verhalten im Alltag.

Die Vorfälle ereigneten sich überwiegend im öffentlichen Raum – etwa auf Straßen, Plätzen, an Haltestellen, im öffentlichen Nahverkehr oder in Geschäften. Betroffen waren unter anderem Frauen mit Kopftuch, die beispielsweise in Tegel, am Franz-Neumann-Platz oder im Märkischen Viertel beleidigt oder angepöbelt wurden. Für die Betroffenen bedeutet dies, dass sie selbst alltägliche Wege – etwa zum Einkaufen, zur Arbeit oder nach Hause – nicht unbeschwert zurücklegen können. Antimuslimischer Rassismus wird so zu einer dauerhaften Belastung im öffentlichen Leben.

Die dokumentierten Vorfälle machen deutlich, dass sich antimuslimischer Rassismus häufig gegen sichtbare oder zugeschriebene Religionszugehörigkeit richtet. Bereits das Tragen eines Kopftuchs genügte in mehreren Fällen als Anlass für Beleidigungen oder Angriffe. So dokumentierte das Register 2025 fünf Vorfälle, in denen Frauen mit Kopftuch gezielt angegriffen oder rassistisch beschimpft wurden.

Anti-Schwarzer Rassismus

Auch anti-Schwarzer Rassismus spielte 2025 in den dokumentierten Vorfällen eine wichtige Rolle. Das Register dokumentierte über 20 Vorfälle, die sich gezielt gegen schwarze Menschen richteten. Sie reichten von rassistischen Beleidigungen und körperlichen Angriffen über Diskriminierung in Schulen, pädagogi-

TEGEL, 10. März 2025

In einem Geschäft in Tegel wurde eine Frau mit Kopftuch von einem Kunden rassistisch beleidigt. Als sie sich an eine Mitarbeiterin wandte, erhielt sie den Rat, die Situation zu ignorieren.

REINICKENDORF, 16. Dezember 2025

Ein Schwarzer Schüler erlebte an einer Reinickendorfer Schule rassistische Beleidigungen durch Mitschüler*innen und Lehrkräfte.

REINICKENDORF (INTERNET), 9. Oktober 2025

Im Oktober veröffentlichte die AfD Reinickendorf einen Facebook-Beitrag, in dem muslimische Jungen pauschal als Gefahr für Mädchen dargestellt wurden. Einzelne Behauptungen über eine Kita wurden genutzt, um antimuslimische Ressentiments zu schüren und muslimischen Familien pauschal patriarchale und gewaltbereite Verhaltensweisen zuzuschreiben.

schen Einrichtungen, Arztpraxen, Unterkünften und im Wohnumfeld bis hin zu extrem rechter Propaganda.

Auffällig war insbesondere die Zahl der Vorfälle, die Kinder und Jugendliche betrafen. Mehr als die Hälfte der dokumentierten Fälle ereignete sich im schulischen oder pädagogischen Kontext oder richtete sich gegen schwarze Kinder und Jugendliche. Gemeldet wurden unter anderem rassistische Beleidigungen und Mobbing durch Mitschüler*innen, Diskriminierung durch Lehrkräfte sowie körperliche Übergriffe. In einem Fall wurde ein schwarzer Schüler von einer Lehrkraft geschlagen, nachdem er rassistische Beleidigungen gegen sich gemeldet hatte. Mehrere weitere Vorfälle mussten zum Schutz der Betroffenen anonymisiert veröffentlicht werden.

Neben den persönlichen Angriffen dokumentierte das Register auch zahlreiche Formen anti-Schwarzer Propaganda. Wiederholt wurden Sticker mit dem rassistischen Slogan „White Lives Matter“ am Kolpingplatz, am S-Bahnhof Wittenau und an weiteren Orten entdeckt. Hinzu kamen Schmierereien mit rassistischen Beleidigungen sowie Propaganda extrem rechter Parteien „Der III. Weg“ und „Die Heimat“, in der schwarze Menschen gezielt abgewertet oder als Feindbild dargestellt wurden.

Die dokumentierten Vorfälle verdeutlichen, dass anti-Schwarzer Rassismus viele Lebensbereiche betrifft – vom öffentlichen Raum über Bildungseinrichtungen bis hin zu Institutionen. Wiederholte Diskriminierungserfahrungen können das Sicherheitsgefühl der Betroffenen und ihr Vertrauen in gesellschaftliche Einrichtungen nachhaltig beeinträchtigen.

Rassismus in Institutionen

Rassismus beschränkt sich nicht auf den öffentlichen Raum. Auch Schulen, Behörden und andere Institutionen können Orte sein, an denen Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder zugeschriebenen Religionszugehörigkeit benachteiligt oder herabgewürdigt werden. Vorfälle in Institutionen unterscheiden sich häufig von anderen Situationen: Betroffene stehen dort oftmals in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den handelnden Personen oder sind auf die jeweilige Einrichtung angewiesen. Dadurch fällt es vielen schwer, Diskriminierung anzusprechen oder sich dagegen zu wehren.

Um die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen zu schützen, veröffentlicht das Register Vorfälle aus Schulen, Behörden oder anderen Institutionen häufig nur stark anonymisiert oder mit wenigen Angaben zum Ort. So soll verhindert werden, dass Betroffene oder beteiligte Personen identifiziert werden können.

Die anonymisiert dokumentierten Fälle machen dennoch deutlich, dass Diskriminierung auch dort stattfindet, wo Menschen auf einen fairen, respektvollen und diskriminierungsfreien Umgang angewiesen sind. Gerade weil Institutionen über Bildung, Unterstützung oder Teilhabe entscheiden, können solche Erfahrungen das Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen nachhaltig erschüttern.

Mehr als einzelne Vorfälle

Die dokumentierten Fälle zeigen: Rassismus ist in Reinickendorf kein Randphänomen. Er wird

DER ROLLBERGE-KIEZ

Der Kiez Rollberge in Reinickendorf liegt im westlichen Teil des Ortsteils Waidmannslust. Hier leben ca. 6250 Einwohner*innen. Mehr als die Hälfte der hier lebenden Menschen hat einen Migrationshintergrund. Außerdem ist die Siedlung durch einen hohen Anteil an Arbeitslosigkeit und Armut geprägt. Das Stadtbild ist insbesondere durch eine Großsiedlungsbebauung in und im westlichen Bereich durch Einzelhandelsflächen geprägt. Im Jahr 2025 wurden vom Register Reinickendorf zehn Vorfälle im Kiez dokumentiert. Neun davon waren Aufkleber und Schmierereien von Neonazis. Darunter war im März 2025 zum Beispiel ein Aufkleber eines extrem rechten Online-Shops, der die Abschiebung von sogenannten „Talahons“ forderte. Der Begriff „Talahon“ wird von der extremen Rechten als rassistische und klassistische Bezeichnung genutzt, um als arabisch und/ oder muslimisch wahrgenommene Jugendliche, insbesondere ihren Kleidungsstil und ihr Auftreten, abzuwerten. Außerdem wurden im April an den Bushaltestellen in

der Rollberge-Siedlung selbstgeschriebene Neonazi-Aufkleber gesehen und entfernt. Dabei handelte es sich um „Hello my name is []“-Aufkleber, die von Graffiti-Sprayern zum Verbreiten von Tags verwendet werden. Auf diesen Aufklebern waren die Abkürzung „DJV“ (Deutsche Jugend voran), die Neonazicodes „1161“ (Anti-Antifa) und „444“ (Deutschland den Deutschen) sowie SS-Runen geschrieben. Aus dem Buchstaben O wurde ein Keltenkreuz gemacht. Neben der Propaganda gab es auch rassistische Äußerungen von Anwohner*innen in Medienberichten über vermeintlich „ausländische“ Nachbar*innen. Aufgrund der hohen potenziellen Betroffenheit von Rassismus vieler Anwohner*innen ist von einer tatsächlich viel höheren Vorfallszahl auszugehen als im Register dokumentiert. Über Gründe für ausbleibende Meldungen und über zivilgesellschaftliches Engagement berichtet Melissa von „Rollberge mit Respekt“.

im politischen Diskurs sichtbar, spiegelt sich in Wahlkampfthemen wider, zeigt sich in Propaganda im öffentlichen Raum und begegnet Menschen ebenso in Schulen, Behörden oder alltäglichen Situationen.

Viele Vorfälle wirken auf den ersten Blick unscheinbar oder werden als Einzelfälle wahrgenommen. In ihrer Gesamtheit zeichnen sie jedoch ein anderes Bild: Sie beeinflussen das Sicherheitsgefühl und das Zugehörigkeitsempfinden vieler Betroffener und prägen ihren Alltag. Die Dokumentation dieser Vorfälle macht sichtbar, was sonst häufig unbeachtet bleibt, und trägt dazu bei, rassistische Entwicklungen im Bezirk langfristig zu erkennen und einzuordnen.

Interview mit Melissa, Rollberge mit Respekt

F	A
Was machst Du in deinem Projekt? Was für Angebote machst Du?	Ich bin von der RAA Berlin (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V.) und leite das Projekt „Rollberge mit Respekt – Hand in Hand gegen Rassismus“, ein dreijähriges Quartiersprojekt, was Strukturen zur Rassismus- und Diskriminierungsprävention sowie Demokratieförderung in der Rollbergesiedlung in Reinickendorf aufbauen soll. Die RAA ist Trägerin des Projekts vom Quartiersmanagement Titiseestraße, mit dem wir auch für andere, zusammenhängende lokale Aktionen zusammenarbeiten. Das Projekt läuft über drei Jahre und

wir sind seit September 2025 vor Ort aktiv.

Im ersten Jahr liegt der Fokus vor allem darauf, den Kiez wirklich kennenzulernen. Bis jetzt habe ich viele Gespräche geführt, das Projekt bekannt gemacht und Bedarfe erhoben. Auf dieser Grundlage habe ich Schulungsinhalte entwickelt, die seit April in Form einer Workshopreihe für Fachkräfte umgesetzt werden. In den aufeinander aufbauenden Workshops geht es um Handlungssicherheit im Umgang mit Rassismus in der Bildungs- und Sozialarbeit, sowie Positionierungsübungen und das Stärken von Schutzräumen für Betroffene. Außerdem biete ich zweimal die Woche im Quartiersmanagement Verweisberatung für rassismusbetroffene Menschen an. Zusätzlich haben wir einen Flyer mit einer Übersicht zu Melde- und Beratungsstellen bei rassistischer und rechter Gewalt erstellt, der in den verschiedenen Einrichtungen genutzt und weitergegeben werden kann. In nächster Zeit kommen weitere Workshops, Aktionen zur politischen Bildung, Empowermentangebote und kreative Formate für unterschiedliche Zielgruppen hinzu. Diese Angebote sollen die Projektziele und rassismuskritisches Denken und Handeln langfristig im Kiez verankern.

WAS IST ein Keltenkreuz?

Das Keltenkreuz ist ein bei Neonazis beliebtes Symbol. Es ist ein Kreuz mit einem langen Stützbalken und einem hoch liegenden Querbalken. Um deren Schnittpunkt ist ein Ring. Bei einer Variante des Keltenkreuzes sind beide Balken gleich lang. Diese Variante war das Emblem der extrem rechten, verbotenen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands / Partei der Arbeit“ (VSBD/ PdA). Das öffentliche Verwenden des gleichschenkligen Keltenkreuzes ist in Deutschland verboten.

F
Wie ist die Situation in den Rollbergen?
Was ist das für ein Ort?

A
Die Rollbergesiedlung ist ein mittelgroßer Planungsraum mit vorwiegend Großsiedlungsbebauung im Bezirk Reinickendorf. Viele von den hier lebenden Menschen sind Familien mit Kindern und Jugendlichen. Es ist ein vergleichsweise junges Quartier mit einem hohen Anteil an unter 18-Jährigen und einem geringeren Anteil an älteren Anwohnenden.

Ich erlebe die Stimmung im Kiez als sehr positiv und die Menschen sind meist sehr freundlich, wodurch ich gerne zur Arbeit gehe. Was ich schnell gemerkt habe ist, dass die Rollberge ein Ort ist, der oft als „sozial schwach“ und „benachteiligt“ bezeichnet wird, aber das trifft die Realität nur sehr unvollständig. Es gibt hier unglaublich viele engagierte Menschen, ein starkes Gemeinschaftsgefühl, viele tolle Projekte und gemeinsame Aktionen, sowie eine ausgeprägte Solidarität untereinander. Es gibt auch viele Grünflächen und ruhige Straßen, durch die man spazieren kann. Gleichzeitig sind die Belastungen real. Finanzielle Armut, beengte Wohnverhältnisse und eingeschränkte Teilhabe sind das Ergebnis struktureller Ungleichheiten, von denen vor allem rassistisch markierte und von Diskriminierung betroffene Menschen

und Communities überproportional betroffen sind. Diese Bedingungen belasten das Zusammenleben und erzeugen Druck, der sich dann in Spannungen, Konflikten und gegenseitigen Schuldzuweisungen äußert.

F
Welche
Bedarfe
siehst
Du im
Viertel?

A
Während der Gespräche ist deutlich geworden, dass es im Quartier vielfältige Bedarfe gibt, die miteinander verknüpft sind. Betroffene Zielgruppen brauchen zugängliche Ansprechpersonen und sichere Räume, in denen eigene Erfahrungen von Rassismus und Diskriminierung ernst genommen werden, ohne Angst vor Bewertung oder Stigmatisierung.

Fachkräfte stehen außerdem unter Druck. Viele erleben Situationen, in denen sie reagieren müssen, aber nicht wissen wie. Fragen, die es gibt, sind zum Beispiel: Wie erkennt und benennt man Rassismus klar, ohne die Situation zu eskalieren? Wie stärkt man Betroffene, ohne sie zu instrumentalisieren? Unsicherheiten darüber zeigen auch, wie tief verankert Rassismus und Diskriminierung sind und wie gleichzeitig Räume und Sprache für einen gemeinsamen Umgang fehlen. Fehlende strukturelle Unterstützung und andere ressourcenbedingte Probleme lassen wenig Raum für Reflexion oder tiefergehende Aus-



einandersetzung, was ein systembedingtes Problem ist und sich nicht nur durch den Rollbergekiez zieht.

Ein weiterer Bedarf ist Verlässlichkeit und Kontinuität. Die Menschen haben oft erlebt, wie Projekte kommen und wieder verschwinden. Deshalb haben wir Verstetigung im Sinn: durch Schulungen von Schlüsselpersonen, den Aufbau von Beschwerde- und Meldestellen, Unterstützung bei Selbstorganisation, Vernetzung und bei Bedarf Prozessbegleitung. Das Ziel ist Strukturen zu schaffen, die über das Projekt hinaus existieren.

F
Wie ist der
Umgang
im Viertel
und welche
Rolle spielt
Rassismus
darin?

A
Das Miteinander in den Rollbergen ist geprägt von echter Loyalität und Zusammenhalt, aber auch von Spannungen, die ich nicht kleinreden möchte. In Gesprächen mit Fachkräften und Bewohnenden wurde immer wieder deutlich, dass rassistische Aussagen im Alltag vorkommen, unter Kindern und Jugendlichen, aber auch zwischen Generationen und unter Erwachsenen. Unter anderem wurden antimuslimischer Rassismus, anti-Schwarzer Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus genannt.

Dabei wird Rassismus oft nicht erkannt. Rassistische Vorfälle und Äußerungen, von denen Men-

schen erzählen, werden als „Streit“ oder „Missverständnis“ eingeordnet, anstatt die dahinterliegenden Dynamiken anzuschauen. Auch wenn das nicht aus böser Absicht passieren mag, hat das zur Folge, dass relativiert wird und Betroffene oft mit ihren Erfahrungen allein bleiben. Dazu kommt, dass gesellschaftliche Spannungen, Polarisierung und zunehmender Rechtsruck sich im Quartier, in alltäglichen Gesprächen und in den Einrichtungen spiegeln. Außerdem erleben viele Menschen im Quartier mehrere Formen von Diskriminierung gleichzeitig. Rassismus, Klassismus, Ableismus, Sexismus und Bildungsungleichheiten greifen oft ineinander und verstärken sich gegenseitig. Das wirkt sich direkt auf Teilhabe, Sicherheit und das Zusammenleben aus und macht deutlich, dass ohne eine generelle machtkritische Perspektive kein ganzheitlicher Blick möglich ist.

F
Wie kann man dem deiner Meinung nach am besten begegnen?

A
Aus meiner Sicht (und auf lange Sicht) braucht es vor allem nachhaltige Beziehungsarbeit, eine klare Haltung, Verantwortung und verlässliche Strukturen. Rassismus ist kein Einzelfallproblem, sondern strukturell verankert und wird im Alltag oft unbewusst reproduziert. Deshalb braucht es Menschen die

bereit sind, die eigene Haltung und Praxis kontinuierlich zu reflektieren sowie weiterzuentwickeln und Einrichtungen, die eine klare Position beziehen und beibehalten. Betroffene brauchen Räume, in denen ihre Erfahrungen ernst genommen werden, Fachkräfte brauchen Unterstützung, um handlungsfähig zu sein, und alle brauchen Begegnungsräume, in denen auch generationenübergreifend miteinander gesprochen werden kann. Das setzt allerdings (politischen) Willen, Mut und ausreichend Ressourcen voraus, um strukturelle Ursachen anzugehen, statt mit kurzfristigen Maßnahmen auf Symptome zu reagieren.

Was tun bei rechten oder diskriminierenden Vorfällen?

Diskriminierende, rassistische oder extrem rechte Vorfälle können verunsichern – egal, ob man selbst betroffen ist oder sie beobachtet. Oft stellt sich die Frage: Was kann ich tun? Eine allgemeingültige Antwort gibt es darauf nicht. Jede Situation ist anders. Wichtig ist jedoch: Sie müssen nicht wegsehen.

Vorfälle dokumentieren und melden

Wenn Sie einen Vorfall beobachten, kann es hilfreich sein, sich Datum, Uhrzeit und Ort zu notieren. Falls möglich und ohne sich selbst zu gefährden, können Fotos oder andere Dokumentationen wie ein Gedächtnisprotokoll den Vorfall später besser nachvollziehbar machen. Je genauer ein Vorfall beschrieben werden kann, desto besser lässt er sich dokumentieren.

Melden können Sie Vorfälle unkompliziert beim Register Reinickendorf – online, per E-Mail oder telefonisch. Meldungen sind kostenlos und auf Wunsch anonym möglich. Auch scheinbar kleine Vorfälle wie einzelne Sticker oder beleidigende Äußerungen sind wichtig. Erst durch viele einzelne Meldungen werden Entwicklungen im Bezirk sichtbar.

Betroffene unterstützen

Wenn Menschen diskriminiert oder bedroht werden, ist Solidarität oft besonders wichtig. Schon die Frage „Geht es Ihnen gut?“ oder das Angebot, gemeinsam auf Hilfe zu warten, kann für Betroffene einen Unterschied machen. Wer selbst nicht eingreifen kann oder möchte, kann Unterstützung organisieren oder Zeug*in sein.

KURZ ZUSAMMENGEFASST: Was tun?

- ✓ Ruhe bewahren und auf die eigene Sicherheit achten.
- ✓ Betroffene unterstützen und Solidarität zeigen.
- ✓ Vorfälle dokumentieren.
- ✓ Rechte Propaganda – wenn gefahrlos möglich – entfernen oder melden.
- ✓ Vorfälle beim Register Reinickendorf melden.
- ✓ Beratungs- und Unterstützungsangebote nutzen.

Propaganda nicht stehen lassen

Rechte Sticker und Schmierereien dienen dazu, Menschen einzuschüchtern und extrem rechte Positionen im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Werden solche Propagandamaterialien entdeckt, können sie – wenn dies gefahrlos möglich ist – entfernt werden. Eine Meldung an das Register ist (am besten mit Foto) dennoch wichtig, damit der Vorfall dokumentiert wird und Entwicklungen im Bezirk langfristig nachvollziehbar bleiben.

Eigene Sicherheit geht vor

Nicht jede Situation eignet sich zum direkten Eingreifen. Wenn Menschen aggressiv auftreten oder Gewalt droht, sollte die eigene Sicherheit immer an erster Stelle stehen. In solchen Fällen ist es sinnvoll, andere Personen hinzuzuziehen oder die Polizei zu verständigen. Wenn Sie die Polizei verständigen, stimmen Sie dies, insofern möglich, mit der betroffenen Person ab.

Gemeinsam Haltung zeigen

Zivilcourage beginnt oft mit kleinen Gesten: hinschauen statt wegsehen, Betroffenen zuhören, widersprechen, wenn menschenfeindliche Aussagen getätigt werden, und demokratische Initiativen vor Ort unterstützen. Niemand muss dabei alles allein tun – häufig entsteht Zivilcourage gerade dann, wenn mehrere Menschen gemeinsam handeln.

Jede Meldung, jede entfernte Propaganda und jede solidarische Reaktion trägt dazu bei, dass Diskriminierung und extrem rechte Aktivitäten nicht unwidersprochen bleiben.

Was ist das Register?

Das Register Reinickendorf ist eine Dokumentationsstelle für extrem rechte und diskriminierende Vorfälle, die sich im Bezirk Reinickendorf ereignen. Das Register Reinickendorf erhält Meldungen von Vorfällen, prüft sie auf Plausibilität und veröffentlicht sie in einer Online-Chronik. Einmal im Jahr werden die Vorfälle qualitativ ausgewertet. Im Gegensatz zu polizeilichen Statistiken bezieht das Register nicht nur strafrechtlich relevante Handlungen wie Sachbeschädigungen, Beleidigungen und Angriffe mit ein, sondern auch niedrigschwellige Vorfälle wie Aufkleber und diskriminierende Äußerungen oder Handlungen. Häufig wollen Betroffene keine Anzeige erstatten. Die Dokumentation dieser Vorfälle durch das Register Reinickendorf gibt ihnen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und nicht damit allein bleiben. Bei der Veröffentlichung wird darauf geachtet, dass die Betroffenen anonym bleiben können.

Was ist das Ziel der Registerarbeit?

Ziel des Register Reinickendorf ist neben der Dokumentation und Analyse von extrem rechten Aktivitäten auf lokaler Ebene auch das Sichtbarmachen von Diskriminierung im Alltag. Lokale demokratische Akteur*innen erhalten so zeitnah Informationen über die Entwicklungen im Bezirk und können besser dagegen vorgehen. Mittels Öffentlichkeitsarbeit wird die Bevölkerung des Bezirks für das Thema extreme Rechte und verschiedene Formen von Diskriminierung sensibilisiert.

Seit wann gibt es das Register?

Die Idee der bezirklichen Register entstand 2005 in Pankow. Nach und nach entstanden Registerstellen in allen Berliner Bezirken. In Reinickendorf nahm das Register im Jahr 2015 seine Arbeit auf. Seitdem wurde ein bezirkliches Netzwerk aufgebaut, das kontinuierlich erweitert wird.

Wer finanziert das Register?

Das Register Reinickendorf wird durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung finanziert.

Wie kann ich einen Vorfall melden?

Vorfälle werden von Betroffenen und Zeug*innen gemeldet. Dafür kann das Register Reinickendorf direkt kontaktiert werden. Es können auch verschiedene Anlaufstellen, die über den Bezirk verteilt sind, genutzt werden. Auf unserer Website www.berliner-register.de können Vorfälle auch über ein Online-Formular gemeldet werden. Weitere Informationen über die Arbeit aller Berliner Register in anderen Sprachen gibt es ebenfalls auf dieser Website.

Impressum

Redaktion:
Projektkoordination Register Reinickendorf

E-Mail :
register-rd@lvs.stiftung-spi.de

Telefon:
0152 0282 45 37

Web:
<https://www.stiftung-spi.de/projekte/register-rd/>
<https://berliner-register.de/reinickendorf>

V.i.S.d.P.:
Andrea Niemann
Stiftung SPI
Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt
& Stadtentwicklung

Belforter Straße 20
10405 Berlin

Illustration, Design und Layout:
Camilo Baquero Burgos / Trashumantes
<https://www.somotrashumantes.com>
Juli 2026

Fotos:
Privat und Register Reinickenorf





Gefördert durch



im Rahmen von



Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung

